

# Arbeitspapier

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 123/2004

Dr. Viola Neu

## **Alter gegen Geschlecht:**

Was bestimmt die Wahlentscheidung?

Sankt Augustin, April 2004

ISBN 3-937731-03-2

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu  
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung  
Tel.: 0 30/2 69 96-506  
Fax: 0 30/2 69 96-551  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Wichmannstr. 6, 10907 Berlin

## Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Einleitung	4
2. Entwicklung des Frauenwahlverhaltens	5
3. Jugendwahn und „Genosse Trend“	12
4. „Genosse Trend“ heute: Generation 60 +	14
5. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland	18
6. Geschlecht oder Sozialstruktur: Was prägt das Wahlverhalten?	21
7. „Vive la (très) petite différence“?	24
Die Autorin	29

## Zusammenfassung

Das Geschlecht hat zwar einen Einfluss auf das Wahlverhalten, dieser nimmt aber im Zeitverlauf ab. Bei den beiden großen Volksparteien ist die Geschlechterproportion nahezu ausgeglichen. Für Frauen sind die Bündnisgrünen, für Männer die rechtsextremen Parteien überdurchschnittlich attraktiver. Größere Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich bei der Analyse nach soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Bildung, Erwerbstätigkeit und Ost-West. Die jüngeren Frauen weisen eine gewisse „Linkslastigkeit“ auf, die schon Ende der 70er Jahre zu beobachten war. Generell wird das Wahlverhalten der Frauen von den gleichen sozialen Determinanten geprägt wie das der Männer. Bestehen Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter, so sind diese zum überwiegenden Teil sozialstrukturell bedingt. Ist die sozialstrukturelle Situation von Frauen und Männern vergleichbar, nivellieren sich diese Unterschiede.

Insgesamt sind geschlechtsspezifische Merkmale nicht wahlentscheidend. In der Bewertung der zentralen Indikatoren stimmen Männer und Frauen weitgehend überein. Auch bei der Kanzlerpräferenz gibt es kaum interpretierbare Unterschiede. Wer geglaubt hat, Schröder hätte die Wahl vor allem durch die Frauen gewonnen, muss enttäuscht werden. Dennoch lassen sich bei einigen Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung weibliche Einstellungsmuster erkennen. Auffällig ist insbesondere das geringere Vertrauen der Frauen in die Problemlösungskompetenzen der Parteien, sowie eine größere Reserviertheit gegenüber der Politik und dem politischen System.

Weitaus größer und auffälliger sind die Differenzen zwischen den Generationen. Allerdings ist eine Untersuchung der Einstellungsmerkmale der Generationen anhand der zur Verfügung stehenden Daten nicht durchführbar, da die Fallzahlen in den Untergruppen zu niedrig sind. Aus der Analyse der repräsentativen Wahlstatistik sind jedoch einige zentrale Ergebnisse hervorzuheben:

Die stärkste Bastion der Union waren bis 1994 die älteren Frauen. Jeweils mehr als die Hälfte stimmte für die Union. Erstmals bei der Bundestagswahl 1998 sank deren Anteil auf ca. 45 Prozent. Bei den über 60jährigen Männern hat die Union 2002 einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Sie erreicht auch in dieser Gruppe jedoch nicht mehr ihre Spitzenwerte vergangener Wahlen. Der Rückgang bei den älteren Wählerinnen war mit wahlentscheidend für das Ergebnis der Union.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird aus wahlstrategischer Sicht die Generation 60 + immer bedeutender. Ein knappes Drittel der Wahlberechtigten ist bereits heute über 60 Jahre alt; mit steigender Tendenz. Die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe ist zudem größer als bei den jüngeren Wählern. Aufgrund der absoluten Gruppenstärke lässt sich eine einfache Gleichung aufmachen: Wer in dieser Gruppe 10 Prozent der Stimmen verliert, kann dies durch Gewinne in den jüngeren Altersgruppen schwer kompensieren.

Bei mehr als 50 Prozent der jüngeren Altersgruppen besteht der Trend, Parteien des linken Spektrums zu wählen. Aber noch nie waren die linken Parteien in der Generation der über 60jährigen so erfolgreich wie 1998 und 2002. Einerseits setzte sich bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 der Trend fest, dass die Parteien des linken Spektrums bei jüngeren Wählern mehr Unterstützung finden. Andererseits ist den linken Parteien auch gelungen, in Wählerschichten jenseits der 60 überdurchschnittliche Akzeptanz zu finden. Da die Union ihre Stärke bei den älteren Jahrgängen hatte, war die Situation ausgeglichen. Wächst den linken Parteien (SPD, Bündnisgrüne und PDS) auch in Zukunft die Gunst der Generation 60 + zu, ergibt sich eine neue Problemlage, die für die Union auf Dauer kritisch werden könnte.

Die Union profitiert seit den 50er Jahren von dem sogenannten Lebenszykluseffekt. Und dies allen Unkenrufen zum Trotz: Wer die älteren Wähler gewinnt, gewinnt leichter Wahlen als wer die Partei der Jugend ist. Wenn die Wähler nicht konservativer würden und im Laufe ihres Lebens ihr Wahlverhalten ändern würden, wären Unionswähler längst ausgestorben. Auch das Argument, dass jetzt die 68er in die Jahre kommen und als Generation mit eher postmateriellen Ansprüchen der Union nicht zugeneigt sind, ist nicht schlüssig. Zu drastisch ist der Einbruch der Union bei den älteren Wählern 1998, als dass man von generativem Verhalten sprechen könnte. Vieles deutet darauf hin, dass diese Wählergruppe auch in Zukunft für die Union wieder stärker mobilisiert werden kann.

## 1. Einleitung

Zu den bekanntesten Befunden der Wahlsoziologie gehört die Feststellung, dass die Sozialstruktur eine nachlassende Wirkung auf das Wahlverhalten hat. Seit den 70er Jahren entfaltet die sozialstrukturelle Prägung auf das Wahlverhalten sowohl in ihrer Intensität als auch in der Gruppengröße eine schwächere Relevanz. In den neuen Ländern findet sich überwiegend der Typus des rationalen und problemorientierten Wählers, der seine Entscheidung von Wahl zu Wahl neu trifft. Dennoch kommt der zielgerichteten Ansprache von Wählergruppen in der politischen Kommunikation eine entscheidende Bedeutung zu. Dabei müssen hinter einem sozialstrukturellen Merkmal einheitliche Einstellungen, also spezifische Interessen einer Gruppe verborgen sein. Gerade der knappe Ausgang der Bundestagswahl 2002 verdeutlicht, dass der Wahlerfolg vom Abschneiden in bestimmten Zielgruppen abhängt. Für die Parteien lassen besonders die Mobilisierung großer Bevölkerungsgruppen wie der Frauen, die 51,3 Prozent der Wahlberechtigten stellen, Hoffnungen auf einheitliche Mobilisierungsmöglichkeiten keimen. Wer z. B. bei den über 60jährigen, die immerhin etwa ein Drittel der Wahlberechtigten stellen, auf die größte Unterstützung stößt, kann Defizite bei jüngeren Wählern gut verkraften.

Das Wahlverhalten der Geschlechter oder der unterschiedlichen Altersgruppen kann somit für den Wahlausgang entscheidend sein: Haben die Frauen der SPD den Sieg beschert? Haben die Älteren der Union zum zweiten Mal eine Niederlage beigebracht? Sprach Schröder eher die Jungen und die Frauen an? Worin unterscheiden sich die politischen Ansprüche von Frauen und Männern? Wo liegen Mobilisierungschancen und -defizite der Parteien bei den weiblichen Wählern und welche strategischen Potenziale können wie angesprochen werden? Welche Altersgruppen sind für den Wahlausgang besonders wichtig? Gibt es spezifische Gruppeninteressen, die mobilisiert werden können?

## 2. Entwicklung des Frauenwahlverhaltens

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 und der ersten Wahl zur Nationalversammlung 1919 unterschieden sich die Frauen zunächst in ihrem Wahlverhalten deutlich von den Männern. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag generell unter derjenigen der Männer. Sie neigten stärker zu konservativen und christlich orientierten Parteien. Des Weiteren wählten Frauen seltener rechts- oder linksextreme Parteien bzw. Parteien links von der politischen Mitte. Die These, dass Frauen früher das gewählt haben, was ihre Männer wählten, ist so zu keinem Zeitpunkt zutreffend. Dass jeder Bürger Lebensgemeinschaften oder Partnerschaften kennt, die das gleiche wählen, ist auf ähnliche Einstellungen und Grundüberzeugungen in Lebensgemeinschaften zurückzuführen.

Die schon in der Weimarer Republik bestehenden Trends setzten sich auch in der Bundesrepublik fort. Frauen zeigen nach wie vor eine deutliche Zurückhaltung bei der Wahl rechtsradikaler oder rechtsextremer Parteien. So erzielte die NPD bei ihren Wahlerfolgen Ende der 60er Jahre, wie auch die Republikaner und die DVU in jüngerer Zeit, deutlich höhere Stimmenanteile bei den Männern als bei den Frauen.

Auch die Neigung der Frauen, christlich-konservative Parteien zu wählen, setzte sich in der Bundesrepublik zunächst fort. Bis zur Bundestagswahl 1969 hatte die Union bei Wählerinnen einen Überschuss von bis zu 10 Prozentpunkten und die SPD ein quasi spiegelbildliches Defizit, das zwischen 5 und 8 Prozentpunkten schwankte.

Bei der Bundestagswahl 1972 kam es zu einer Trendwende. Der Überschuss bei Wählerinnen der Union ist seit dieser Zeit erheblich zusammengeschmolzen. Seit dieser Wahl sind die Austausch- und Nivellierungstendenzen zwischen den Volksparteien offensichtlich. Doch kann das weitverbreitete Argument, dass Frauen nunmehr eher zu linken Parteien neigen, mit Blick auf die Wahlgeschichte nicht gestützt werden. Bei den Bundestagswahlen 1980, 1983, 1998 und 2002 mobilisierte die SPD mehr Frauen als Männer; bei allen anderen Bundestagswahlen lag die Union vorn. Entgegen weitläufiger Meinungen waren die Grünen am Anfang keine Frauenpartei. Obwohl sie von Anfang an den höchsten Frauenanteil in politischen Funktionen aufwiesen und der Frauenpolitik in ihrem Programm einen hohen Stellenwert einräumten, war der Zuspruch der männlichen Wähler größer. Erstmals bei der Bundestagswahl 1990 konnten Die Grünen insgesamt mehr Frauen als Männer mobilisieren (allerdings schafften sie im Westen nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde). Am Beispiel der Grünen wird auch deutlich, dass frauenspezifische Positionen einer Partei nicht unbedingt die Gunst der weiblichen Wählerschaft bescheren. Es ist kein Au-

tomatismus, dass politische Positionierung und Akzeptanz in einer Zielgruppe zu erhofften Wahlverhalten führen.

Es stellt sich nun die Frage, welche Faktoren für die Veränderung der Parteipräferenzen der Frauen verantwortlich gemacht werden können<sup>1</sup>. Der christlich-konservative Wahlrend der Frauen in der Vergangenheit wird in der Forschung über Positions- und Statusunterschiede der Geschlechter erklärt. So wird vor allem durch die stärkere Kirchenbindung und die schwächere Eingliederung der Frauen in das Berufsleben die Neigung zu den christlich-konservativen Parteien begründet. Die Angleichung des Wahlverhaltens der Geschlechter wird im wesentlichen auf Veränderungen der Einstellungsstrukturen und Werteprioritäten der nachwachsenden Frauengenerationen zurückgeführt. Entscheidende Faktoren sind der deutlich gestiegene Berufswunsch und die Abwendung von den Kirchen. Parallel hierzu verlaufen die Veränderungen im sozialstrukturellen Bereich, die den Emanzipationsprozess begleiteten<sup>2</sup>. Die soziale Position vor allem der jüngeren Frauen hat sich so im Zeitverlauf durch das gestiegene Bildungsniveau, die Erwerbstätigkeit und die damit einhergehende Veränderung der Familien- und Haushaltsstrukturen gewandelt.

Die seit 1972 zu beobachtende Angleichung des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens hält bis heute an<sup>3</sup>. Sie findet ihre Entsprechung in den allgemeinen sozialstrukturellen Nivellierungstendenzen der Gesellschaft, durch die sich auch die Sozialstruktur der Frauen an die der Männer angeglichen hat. So sind in diesem Zeitraum insgesamt die Wählerschaften - vor allem der beiden Volksparteien - in ihren sozialen Profilen ähnlicher geworden. In diesem Annäherungsprozess spiegelt sich auch die nachlassende Bindungswirkung von traditionellen sozialen Milieus an Parteien wider<sup>4</sup>.

---

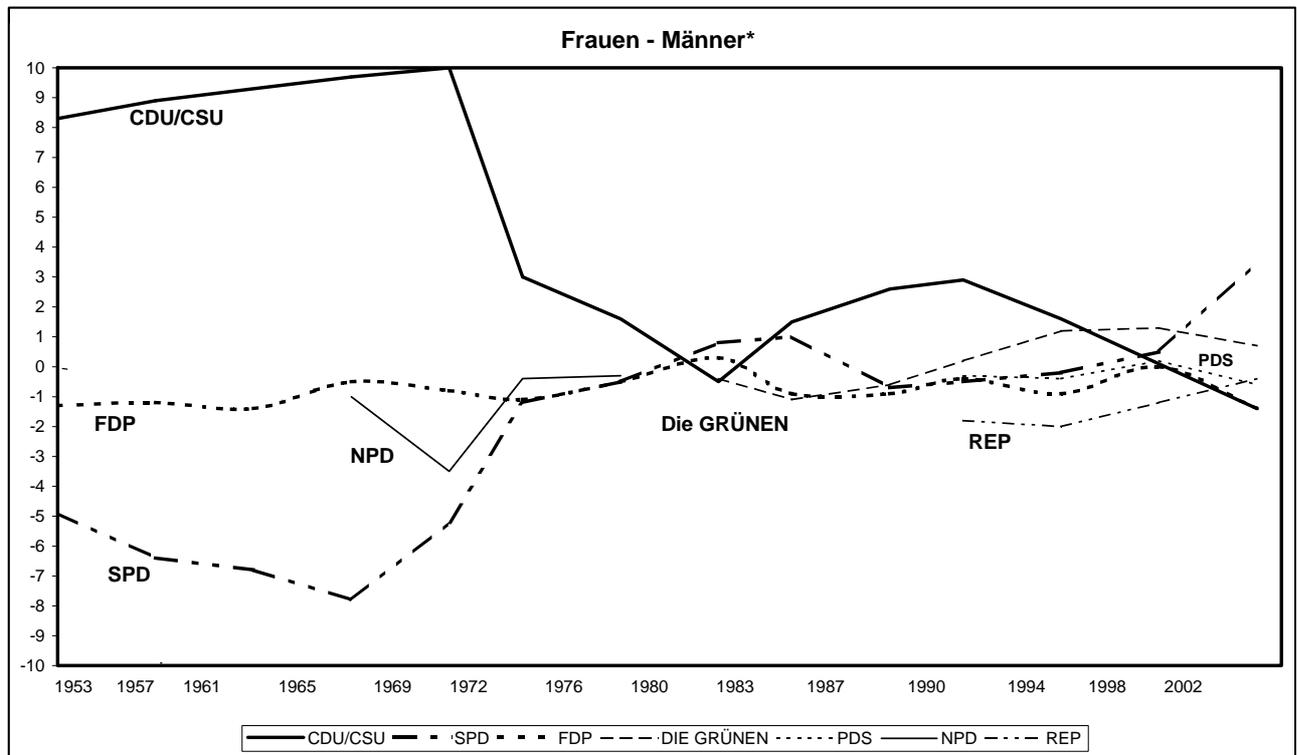
1 Ute Molitor, Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1992.

2 vgl. Ute Molitor, a. a. O. , S. 184 ff.

3 Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Vive la (très) petite différence!, in: Max Kaase/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1987, S. 137.

4 Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, Die Anhängerschaften der Parteien vor und nach der Einheit - eine Langfristbetrachtung von 1953-1993, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1994, H. 2, S. 165 ff.; Peter Gluchowski/Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 179 ff.; Peter Gluchowski/Jutta Graf/Ulrich v. Wilamowitz Moellendorff, Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, S. 181-203, Bonn 2001, 2. akt. Aufl.

Insgesamt haben sich die Wähleranteile von Männern und Frauen bei den Volksparteien soweit nivelliert, dass man kaum noch von signifikanten Unterschieden sprechen kann<sup>5</sup>.



<sup>5</sup> Dargestellt ist die Prozentpunktdifferenz von Frauen minus Männer. Ein positiver Wert entspricht einem Frauenüberschuss. Quellen: Repräsentative Wahlstatistik, zit. nach: Wahllexikon 2001. Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern 1946-2001 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin 2001; Claus A. Fischer (Hrsg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen, 1946-1989, Paderborn. 1994 und 1998 wurde die repräsentative Wahlstatistik nicht erhoben. BTW 94: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl zum 13. deutschen Bundestag am 16. Oktober, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 76, 1994. In der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen wurden die rechtsextremen Parteien 1994 nicht separat ausgewiesen, daher wurden die Daten der Infas Wahltagsbefragung herangezogen, in der die REP ausgewiesen wurden: Infas, Politprogramm Report Wahlen. Bundestagswahl 1994. Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994, Analysen und Dokumente, 1994; BTW 98: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998; BTW 2002: Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter. Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002, Heft 4, S. 72.

Betrachtet man die letzten beiden Bundestagswahlen, so weisen Männer und Frauen das gleiche Verhalten auf. 1998 hat die Union ihren Vorsprung bei den weiblichen Wählern an die SPD abgegeben; die SPD hat ihren Anteil 2002 ausgebaut. Betrug die Differenz 1998 0,5 Punkte, stieg sie 2002 auf 3,5 Punkte an. Bei den kleinen Parteien ergeben sich nur graduelle Verschiebungen. Die Grünen können ihren seit 1990 bestehenden leichten Frauenüberhang beibehalten, die FDP hatte 2002 etwas mehr männliche als weibliche Wähler, die PDS fand ebenso wie die REP 2002 mehr Zuspruch bei den Männern. Doch sind die Abweichungen der Geschlechter bei den kleinen Parteien zu gering, um aussagekräftige Interpretationen anzustellen.

Bundestagswahl 1998 und 2002  
Die Abstimmung von Männern und Frauen (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	FDP	PDS	REP	Sonstige
1998 Gesamt	35,1	40,9	6,7	6,2	5,1	1,8	2,6
2002 Gesamt	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0	0,6	3,1
Geschlecht							
1998 Männer	34,9	40,7	6,1	6,2	5,2	2,4	2,5
2002 Männer	39,2	36,7	8,2	8,1	4,3	0,8	3,5
1998 Frauen	35,0	41,2	7,4	6,2	5,1	1,2	2,8
2002 Frauen	37,8	40,2	8,9	6,7	3,7	0,4	2,7

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998.  
Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002

Erst durch die Differenzierung nach Alter werden Unterschiede im Wahlverhalten sichtbar, auch wenn die Aufteilung nach Alter und Geschlecht die allgemeine These unterstützt, dass Männer und Frauen ähnliche Parteipräferenzen haben. Generell ist das Wahlverhalten der Männer in den unterschiedlichen Altersgruppen homogener als dasjenige der Frauen. Das Alter hat auf die Wahlentscheidung der Frauen einen größeren Einfluss. Bei der Betrachtung von Alter und Geschlecht zeigen sich zwei gegenläufige Tendenzen: Zum einen nivellieren sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten, zum anderen haben nur Union, Grüne und die rechtsextremen Parteien eine Wählerschaft mit einer spezifischen Alterspyramide.

Bei den letzten vier Bundestagswahlen waren die Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis bei der SPD sowohl bei Männern als auch bei Frauen gering. Eindeutige Trends lassen sich nur schwer ausmachen. So hat die SPD weder bei jungen, mittleren noch alten Wählern kontinuierliche Zuwächse zu verzeichnen. Gab es bei einer Wahl einen überdurchschnittlichen Zuspruch in einer Altersgruppe, dann konnte sie diesen auf Dauer nicht halten. So ist ihre Wählerschaft – bezogen auf die Al-

tersstruktur – verhältnismäßig ausgewogen. Ähnliches lässt sich auch für FDP und PDS sagen. Ob es der FDP gelingen wird, ihre leichten Vorteile bei den jungen Männern 2002 zu halten oder auszubauen, wird erst die Zukunft beantworten, zumal das Ergebnis von 2002 nicht in Kontinuität zu den Vorwahlen steht.

Bei der Wählerschaft der CDU/CSU zeigt sich der „kleine Unterschied“ in der Wählerschaft deutlich: Die Unions-Wähler formieren sich in einer Alterspyramide. Die Union kann in den Wahlen seit der deutschen Wiedervereinigung immer auf einen überdurchschnittlichen Zuspruch bei den älteren Wählern bauen, wohingegen sie bei den jüngeren Altersgruppen nur unterdurchschnittlichen Zuspruch erhält. Die starke Unterrepräsentation, die 1990 und 1994 bei den jüngeren Wählerinnen sichtbar war, ist – wenn auch auf niedrigem Niveau – zurückgegangen. Insgesamt ist die Altersstruktur der Unionswählerschaft bis 2002 homogener geworden.

Bei den Grünen ist ein ähnlicher Prozess mit veränderten Vorzeichen zu beobachten: Die Grünen können ihren 1990 zum ersten Mal in ihrer Wahlgeschichte auftretenden Frauenüberschuss halten. In der jüngeren Wählerschaft und dort insbesondere bei den Frauen liegen die Hochburgen der Partei. Ähnlich wie bei der Union sind auch bei der Grünen-Wählerschaft von 1990 bis 2002 Nivellierungstendenzen sichtbar. Die Grünen sind die Partei der jungen, die Union ist spiegelbildlich die Partei der älteren Frauen.

Die Parteien der extremen Rechten finden vor allem bei jüngeren Männern<sup>6</sup> Wähler. Wenn Frauen für die Rechtsextremen stimmen, dann sind es auch hier eher die jüngeren Frauen. Dass eher jüngere Wähler für rechtsextreme Parteien votieren, weist auf deren Rolle als Protestparteien hin. Sie sind (wie auch in ihrer Mitgliedschaft) nicht die Parteien der „ewig Gestrigen“.

---

6 Ursula Birsl, Frauen und Rechtsextremismus, in: APuZ, B3-4/92, 1992, S. 22-30.

Bundestagswahl 1990  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	FDP	PDS	REP	Sonstige
Männer insg.	42,0	34,1	4,7	11,0	2,8	3,1	2,2
18-24 Jahre	-5,6	-1,3	+4,5	-0,4	-0,1	+2,1	+1,0
25-34 Jahre	-6,8	+3,4	+4,2	-1,1	0	+0,3	+0,1
35-44 Jahre	-3,0	+0,7	+1,3	+1,4	+0,2	-0,3	-0,3
45-59 Jahre	+3,4	-1,3	-2,6	+1,5	0	-0,5	-0,4
60 Jahre u.ä.	+6,0	-1,1	-3,8	-1,7	+0,1	-0,2	+0,2
Frauen insg.	44,9	33,6	4,9	10,6	2,5	1,3	2,3
18-24 Jahre	-10,3	+2,6	+6,5	-0,3	-0,2	+0,7	+0,8
25-34 Jahre	-10,7	+5,4	+5,5	-1,0	+0,3	+0,2	+0,2
34-44 Jahre	-4,7	+1,1	+1,4	+2,1	+0,2	-0,1	-0,2
45-59 Jahre	+2,8	-2,1	-2,2	+1,7	0	0	-0,1
60 Jahre u.ä.	+9,0	-2,6	-4,0	-1,8	-0,3	-0,2	-0,1

Quelle: BTW 90: Wahlergebnisse in der Bundesrepublik und in den Ländern 1946-2001 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, 2001.

Bundestagswahl 1994  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	FDP	PDS	REP	Sonstige
Männer insg.	40,6	36,1	7,0	7,5	4,6	3,0	4,2
18-24 Jahre	-5,6	-3,4	+5,9	-0,8	+0,2	+2,0	+3,7
25-34 Jahre	-5,7	+0,6	+4,5	-1,8	+0,6	0	+1,8
35-44 Jahre	-4,9	+3,1	+2,5	-0,5	+0,4	-1,0	-0,6
45-59 Jahre	+3,6	+0,3	-3,1	+1,2	-0,7	-1,0	-1,3
60 Jahre u.ä.	+7,1	-1,4	-5,1	+0,9	-0,4	0	-1,1
Frauen insg.	42,2	35,9	8,2	6,6	4,2	1,0	2,9
18-24 Jahre	-11,4	+0,6	+7,6	-0,4	+1,3	0	+2,3
25-34 Jahre	-13,1	+6,6	+6,0	-1,7	+1,4	+1,0	+0,8
34-44 Jahre	-4,6	0	+3,8	-0,2	+0,9	0	+0,1
45-59 Jahre	+3,1	0	-3,2	+0,6	+0,1	-1,0	-0,6
60 Jahre u.ä.	+10,4	-3,7	-5,0	+0,6	-1,6	0	-0,7

Quelle: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl zum 13. deutschen Bundestag am 16. Oktober, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 76, 1994.  
REP: Daten basieren auf infas-Wahltagsbefragung: infas, Politprogramm, Report Wahlen, Bundestagswahl 1994, Wahl zum 13. Bundestag am 16. Oktober 1994.

Bundestagswahl 1998  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	FDP	PDS	REX*)	Sonstige
Männer insg.	34,9	40,7	6,1	6,2	5,2	4,4	2,5
18-24 Jahre	-5,0	-7,3	+3,2	+0,4	+0,2	+6,1	+2,4
25-34 Jahre	-7,2	+2,9	+3,2	-0,9	-0,3	+1,3	+1,0
35-44 Jahre	-3,7	+1,2	+2,3	-1,2	+0,5	+0,4	+0,5
45-59 Jahre	+0,8	+1,0	-0,8	+0,9	+/-0	-1,3	-0,6
60 Jahre u.ä.	+8,8	-2,1	-4,2	+0,6	-0,4	-1,7	-1,0
Frauen insg.	35,0	41,2	7,4	6,2	5,1	2,3	2,8
18-24 Jahre	-6,2	-3,9	+4,2	+0,2	+2,1	+1,5	+2,1
25-34 Jahre	-7,0	+1,3	+4,2	-1,1	+0,1	+1,0	+1,5
34-44 Jahre	-6,6	+1,5	+5,1	-0,6	+0,4	+0,1	+0,1
45-59 Jahre	-2,1	+2,2	-1,6	+1,5	+0,3	-0,4	+0,1
60 Jahre u.ä.	+10,4	-2,6	-4,5	-0,2	-0,9	-0,9	-1,3

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998, teilweise eigene Berechnungen.

\*)REX: NPD, DVU, REP

Bundestagswahl 2002  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	FDP	PDS	REP	Sonstige
Männer insg.	39,2	36,7	8,2	8,1	4,3	0,8	3,5
18-24 Jahre	-5,9	-1,8	+2,7	+3,4	-0,3	+0,5	+2,0
25-34 Jahre	-3,7	-2,3	+3,1	+2,9	-0,9	+0,3	+1,0
35-44 Jahre	-3,9	+0,8	+3,5	-0,3	-0,4	+0,1	+0,4
45-59 Jahre	-1,0	+0,9	+0,2	-0,4	+0,7	-0,1	-0,3
60 Jahre u.ä.	+7,2	+0,3	-4,8	-1,8	+0,2	-0,3	-1,1
Frauen insg.	37,8	40,2	8,9	6,7	3,7	0,4	2,7
18-24 Jahre	-7,1	+1,1	+2,5	+2,2	-0,3	+0,3	+1,5
25-34 Jahre	-5,6	-0,3	+3,7	+1,8	-0,6	+0,1	+0,9
34-44 Jahre	-6,0	+0,9	+4,6	-0,2	+0,1	0	+0,6
45-59 Jahre	-1,0	-0,2	+0,4	+0,4	+0,7	-0,1	-0,2
60 Jahre u.ä.	+7,8	-0,5	-4,8	-1,3	-0,2	-0,2	-1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002, Heft 4, Wiesbaden 2003, S. 72, teilweise eigene Berechnungen.

### 3. Jugendwahn und „Genosse Trend“

Wer die Stimmen der Jugend hat, besitzt auch die Zukunft. So etwa lautet grob formuliert die Version einer gängigen Binsenweisheit. Und regelmäßig werden die Anteile der Parteien bei den Jungwählern mit besonderer Freude oder Häme von politischen Repräsentanten oder Journalisten in die Waagschale geworfen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass jüngere Wähler auf Dauer ihrer einmal getroffenen Wahlentscheidung treu bleiben würden. Doch gerade die Erst- und Jungwähler zeichnen sich nicht nur durch geringe Wahlbeteiligung, sondern durch eine enorme Wechselwahlbereitschaft aus. Der Blick auf die langfristigen Tendenzen und Entwicklungen in der Wählerschaft zeichnet ein anderes Bild des Wahlverhaltens dieser Wählergruppe: Der Jungwähler hat demnach für Parteien eine zwar symbolisch hohe, in der Auswirkung auf das Wahlergebnis aber eher geringe Bedeutung.

Verluste bei den älteren Wählern sind für Parteien kaum durch Gewinne bei jüngeren Wählern auszugleichen. Dies liegt daran, dass für den Ausgang von Wahlen das Abstimmungsverhalten der älteren Wähler aufgrund der reinen Anzahl an Wahlberechtigten ein ungleich größeres Gewicht hat, als alle anderen Altersgruppen. Durch die demographische Entwicklung wird die Bedeutung dieser Altersgruppe in Zukunft noch steigen. 2002 sind in der Altersgruppe der über 50jährigen Wähler bereits 46,8 Prozent der Wahlberechtigten, wobei der Anteil der über 60jährigen Wähler bereits bei 32,1 Prozent der Wahlberechtigten liegt.

Betrachtet man nur die Gewinne und Verluste in Prozentpunkten, wird verschleiert, wie stark die tatsächlichen Verluste an Wählerstimmen sind. Es mag sich vielleicht dramatisch anhören, wenn „nur“ 32 Prozent der 18-25jährigen für die Union aber 38,1 Prozent für die SPD votieren und die Union somit 6,1 Prozentpunkte weniger als die SPD erreicht. Doch dieses Ergebnis entscheidet nicht über Sieg oder Niederlage. Denn aufgrund der unterschiedlichen Gruppengrößen sind Verluste in der einen Gruppe nicht durch Gewinne in der anderen Gruppe aufzuwiegen.

Hierzu ein Beispiel: Die Altersgruppe der über 60jährigen stellt 2002 12.400.700 Wähler. Wenn sich 10 Prozent dieser Wählergruppe gegen eine Partei entscheiden, entspricht dies 1.240.007 Wählern. Der Altersgruppe der 18-30jährigen gehören 5.514.200 Wähler an. Ein Gewinn von 10 Prozent mehr Wählern entspricht 551.420 Stimmen. Entscheiden sich 10 Prozent der Erstwähler (18-21 Jahre) anders, entspricht dies nur 143.180 Stimmen. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, dass der Blick auf die prozentualen Zugewinne in unterschiedlichen Altersgruppen über die tatsächliche Auswirkung auf das Wahlergebnis wenig sagt.

Bundestagswahl 2002  
Wähler und Wahlberechtigte

Alter	Wahlberechtigte 1.000	Wahlberechtigte Prozent	Wähler 1.000	Wahlbeteiligung
18-21	2.326,0	3,8	1.431,8	70,2
21-25	3.329,7	5,4	1.851,8	68,1
25-30	3.842,5	6,3	2.230,6	72,1
30-35	5.145,3	8,4	3.271,5	76,7
35-40	6.467,4	10,5	4.411,0	79,6
40-45	6.185,1	10,1	4.288,7	80,0
45-50	5.406,8	8,8	3.731,8	81,1
50-60	9.042,5	14,7	6.145,8	84,0
60-70	9.944,1	16,2	6.757,1	86,4
70 und mehr	9.743,4	15,9	5.643,6	78,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002, Heft 4, Wiesbaden 2003, S. 32, teilweise eigene Berechnungen.

#### 4. „Genosse Trend“ heute: Generation 60 +

Der Trend der „Linkslastigkeit“ jüngerer Wählerinnen ist kein Novum. Betrachtet man das Wahlverhalten der jüngeren Wählerinnen seit 1972<sup>7</sup>, erreichen die linken Parteien zusammen regelmäßig über 50 Prozent. Die Bundestagswahl 2002 stellt für das Wahlverhalten der Jungwählerinnen daher keinen „Sonderfall“ dar. Ebenso konstant erreichte die Union in der ältesten Altersgruppe über 50 Prozent der Wählerinnen. Die Bundestagswahl 1998 markiert eine Zäsur: Zwei Entwicklungen wurden sichtbar, die, wenn sie eine Trendwende markieren, erheblich negative Auswirkungen auf das zukünftige Abschneiden der Union haben können.

Mit der Bundestagswahl 1998 zeichnet sich ein Wechsel im Wahlverhalten ab, der die Erfolgsaussichten der Union beeinträchtigt. In der Altersgruppe der über 60jährigen ist der Rückhalt der Union auf unter 50 Prozent gesunken (1998: 45,4%; 2002: 45,0%). 2002 brachte das schlechteste Ergebnis der Union in dieser Altersgruppe seit der Erhebung der repräsentativen Wahlstatistik 1953.<sup>8</sup>

In den nachwachsenden Altersgruppen der 25-44jährigen ist seit 1994 ein Übergewicht der linken Parteien deutlich. 1998 entscheidet sich zum ersten mal in der Altersgruppe der 45-59jährigen eine absolute Mehrheit der Frauen für die linken Parteien.

Die langfristige Betrachtung zeigt,<sup>9</sup> dass der vielzitierte „Genosse Trend“ alltags-sprachlich zwar die Jüngeren meint, aber wahlstrategisch die Älteren von Bedeutung sind. Auch wenn empirisch nicht zweifelsfrei von einem Lebenszykluseffekt gespro-

---

7 Die Grenzziehung von 1972 ist durch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre begründet. Zudem gab es 1972 den sogenannten „Gender gap“, bei der die SPD erstmals insbesondere von jungen Frauen Zuspruch fand. In der Literatur wird diese sprunghafte Entwicklung auf das politische Klima und nicht auf Veränderungen in der Sozialstruktur (bspw. Bildung) zurückgeführt. Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence!*, in: Max Kaase/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1987, S. 137.

8 Vgl. Claus A. Fischer (Hrsg.), *Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946-1989*, Paderborn, 1989

9 Die in den Tabellen „Wahlverhalten der Frauen und Männer seit 1972“ dargestellten Daten stammen aus folgenden Quellen:

Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den neuen Ländern 1946-2001 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, 2001, teilweise eigene Berechnungen. BTW 94: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl zum 13. deutschen Bundestag am 16. Oktober, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 76, 1994. BTW 98: *Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998*. BTW 2002: Statistisches Bundesamt, *Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002*, Heft 4, Wiesbaden 2003, S. 72; teilweise eigene Berechnungen.

chen werden kann, ist die Schlussfolgerung, dass die Union von solchen Effekten profitiert, nicht unbegründet. Die „Linkslastigkeit“ der Jugend und der „Konservativismus“ des Alters haben sich bis heute positiv auf die Wahlergebnisse der Union ausgewirkt. Ob die Lebensweisheit „Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz und wer mit 40 noch links ist, keinen Verstand“ weiter ihre Gültigkeit behält, ist offen. Nachdem sich bereits zweimal die ältere Generation von der Union zurückgezogen hat, könnte dies auf ein Ende des für die Union günstigen Lebenszykluseffektes hindeuten.

Doch spricht der abrupte Einbruch 1998 eher für politische Unzufriedenheit in der Wählerschaft als für langfristige Veränderungen der Werteskala der Generation 60+. Auch die viel bemühten 68er, die langsam ergrauen, können diesen Ausschlag nicht bewirkt haben. Zum einen ist die Gruppengröße zu gering, zum anderen sind auch in dieser politischen Generation gewisse Aufweicherscheinungen gegenüber „konservativen“ Positionen schwer zu übersehen. Demnach scheint sich diese Wählergruppe noch nicht langfristig von der Union abgewandt zu haben und könnte in Zukunft wieder mobilisiert werden.

Die Entwicklung<sup>10</sup> in 2003 ist bislang uneinheitlich. Die Union ist zwar im Stimmungshoch, aber der Zuspruch in den unterschiedlichen Altersgruppen ist monatlichen Schwankungen unterworfen. Ein Trend ist derzeit nicht erkennbar.<sup>11</sup> Die Union scheint eher recht homogen zu mobilisieren.

---

10 Vgl. Deutschland Trend. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag von ARD / bericht aus berlin und 8 Tageszeitungen, Infratest dimap, Monatliche Erhebungen von Januar bis Dezember 2003.

11 Dies könnte auch an der Stichprobengröße liegen (1.200-1.300 Befragte). In der Altersgruppe der 18-24jährigen sind weniger als 100 Befragte. Damit können schon Wenige prozentual erhebliche Veränderungen bewirken.

---

Wahlverhalten der Frauen seit 1972 (in Prozent)

---

Altersgruppe 18-24 Jahre

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	SPD/Grüne + PDS
1972	35,9	55,0	8,5	-	-	55,0
1976	40,2	50,2	8,6	-	-	50,2
1980	33,0	50,3	11,9	4,3	-	54,6
1983	40,3	40,6	5,2	13,5	-	54,1
1987	34,8	38,7	8,0	16,5	-	55,2
1990	34,6	36,2	10,3	11,4	2,3	49,9
1994	30,8	36,5	6,2	15,8	5,5	57,8
1998	28,8	37,3	6,4	11,6	7,2	56,1
2002	30,7	41,3	8,9	11,4	3,4	56,1

Altersgruppe 25-34 Jahre

1972	42,0	47,5	10,1	-	-	47,5
1976	44,2	44,5	10,7	-	-	44,5
1980	35,6	47,9	13,9	2,1	-	50,0
1983	42,8	40,4	6,2	10,1	-	50,5
1987	34,4	39,0	7,3	17,9	-	56,9
1990	34,2	39,0	9,6	10,4	2,8	52,2
1994	29,1	42,5	4,9	14,2	5,6	62,3
1998	28,0	42,5	5,1	11,6	5,2	59,3
2002	32,2	39,9	8,5	12,6	3,1	55,6

Altersgruppe 35-44 Jahre

1972	43,8	47,3	8,3	-	-	47,3
1976	50,0	40,9	8,7	-	-	40,9
1980	44,6	40,7	13,6	0,8	-	41,5
1983	50,9	36,4	8,3	4,1	-	40,5
1987	42,5	36,6	10,5	9,3	-	45,9
1990	40,2	34,7	12,7	6,3	2,7	43,7
1994	37,6	35,9	6,4	12,0	5,1	53,0
1998	28,4	42,7	5,6	12,5	5,5	60,7
2002	31,8	41,1	6,5	13,5	3,8	58,4

Altersgruppe 45-59 Jahre

1972	47,9	43,6	7,7	-	-	43,6
1976	49,9	42,1	7,4	-	-	42,1
1980	46,5	42,5	10,1	0,6	-	43,1
1983	50,9	39,6	6,7	2,4	-	42,0
1987	47,4	38,1	9,4	3,9	-	42,0
1990	47,7	31,5	12,3	2,7	2,5	36,7
1994	45,3	35,9	7,2	5,0	4,3	45,2
1998	32,9	43,4	7,7	5,8	5,4	54,6
2002	36,8	40,0	7,1	9,3	4,4	53,7

Altersgruppe 60 Jahre u.ä.

1972	51,7	42,0	5,7	-	-	42,0
1976	52,5	42,0	5,2	-	-	42,0
1980	49,3	42,6	7,3	0,3	-	42,9
1983	53,5	39,7	5,4	1,1	-	40,8
1987	53,5	37,2	6,9	1,6	-	38,8
1990	53,9	31,0	8,8	0,9	2,2	34,1
1994	52,6	32,2	7,2	3,2	2,6	38,0
1998	45,4	38,6	6,0	2,9	4,2	45,7
2002	45,6	39,7	5,4	4,1	3,5	47,3

---

---

Wahlverhalten der Männer seit 1972 (in Prozent)

---

Altersgruppe 18-24 Jahre

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	SPD/Grüne + PDS
1972	34,8	54,3	9,6	-	-	54,3
1976	40,3	49,4	8,5	-	-	49,4
1980	35,6	47,6	10,9	5,3	-	52,9
1983	42,0	37,6	5,4	14,2	-	51,8
1987	37,0	37,5	8,6	14,5	-	52,0
1990	36,4	32,8	10,6	7,3	2,7	42,8
1994	35,0	32,7	6,7	12,9	4,8	50,4
1998	29,9	33,4	6,6	9,3	5,4	48,1
2002	33,3	34,9	11,5	10,9	4,0	49,8

Altersgruppe 25-34 Jahre

1972	40,5	48,1	10,5	-	-	48,1
1976	43,3	45,3	10,3	-	-	45,3
1980	37,6	46,4	12,8	2,6	-	49,0
1983	43,1	38,3	6,3	11,5	-	49,8
1987	34,7	39,0	7,9	16,9	-	55,9
1990	35,2	37,5	9,9	7,4	2,8	47,7
1994	34,9	36,7	5,7	11,5	5,2	53,4
1998	27,7	43,6	5,3	9,3	4,9	57,8
2002	35,5	34,4	11,0	11,3	3,4	49,1

Altersgruppe 35-44 Jahre

1972	41,5	48,4	8,9	-	-	48,4
1976	48,8	41,4	9,0	-	-	41,4
1980	45,7	40,3	12,6	0,9	-	46,6
1983	50,3	35,7	8,8	4,7	-	40,4
1987	40,6	37,6	10,7	9,9	-	50,5
1990	39,0	34,8	12,4	4,8	3,0	42,6
1994	35,7	39,2	7,0	9,5	5,0	53,7
1998	31,2	41,9	5,0	8,4	5,7	56,0
2002	35,3	37,5	7,8	11,5	3,9	53,1

Altersgruppe 45-59 Jahre

1972	45,0	43,6	8,9	-	-	45,0
1976	48,4	42,7	7,7	-	-	48,4
1980	46,9	42,2	9,7	0,6	-	47,5
1983	49,2	39,7	8,0	2,4	-	42,1
1987	45,2	39,4	10,3	3,7	-	43,1
1990	45,4	32,8	12,5	1,4	2,8	37,0
1994	44,2	36,4	8,7	3,9	3,9	44,2
1998	35,7	41,7	7,1	5,3	5,2	52,2
2002	38,2	37,6	7,7	8,4	5,0	51,0

Altersgruppe 60 Jahre u.ä.

1972	49,3	42,5	6,7	-	-	42,5
1976	51,2	42,0	5,7	-	-	42,0
1980	50,6	41,2	7,1	0,4	-	41,6
1983	50,9	39,9	6,8	1,5	-	41,4
1987	50,1	38,0	7,9	2,2	-	40,2
1990	48,6	33,0	9,3	0,6	2,9	36,5
1994	47,7	34,7	8,4	1,9	4,2	40,8
1998	43,7	38,6	6,8	1,9	4,8	45,3
2002	46,4	37,0	6,3	3,4	4,5	44,9

---

## 5. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Untersucht man als weiteren Indikator die Ost-West-Unterschiede, zeigen sich auch hier alters- und geschlechtsspezifische Ausprägungen.

2002 verlor die Union vor allem an Unterstützung der älteren Wählerinnen in den neuen Ländern, während sie in den jüngeren Altersgruppen Zuwächse verzeichnen konnte. Sie büßte 7,4 Prozentpunkte bei den Wählerinnen über 60 ein. Im Langzeit-trend hat die CDU in den neuen Ländern die stärksten Verluste bei den ältesten Wählerinnen. Wählten (bei der Ausnahmewahl) 1990 noch 49,7 Prozent der Frauen über 60 Jahre die Union, ist der Anteil 2002 auf 28,8 Prozent gesunken. In keiner Altersgruppe ist der Rückgang so groß (-20,9 Prozentpunkte).<sup>12</sup> Generell hat die CDU seit 1990 in den jüngeren Altersgruppen unterdurchschnittlich und in den älteren Altersgruppen überdurchschnittlich verloren. Zwar fallen die Verluste bei den jungen Frauen unterdurchschnittlich aus, allerdings auf einem ohnehin schon niedrigen Niveau. Bereits 1994 brach die Unterstützung der jüngeren Frauen ein.

In den alten Ländern bestehen gleichermaßen Ähnlichkeiten wie Unterschiede, wobei die Wähler der Union uneinheitlicher tendieren. Im Westen wandten sich schon 1998 ältere Wählerinnen von der Union ab. 2002 hat sie ihren Anteil in dieser Altersgruppe geringfügig gesteigert, ohne aber auf das vorherige Niveau zurückzukommen. Anders als in den neuen Ländern verlaufen die Gewinne und Verluste der Union in den alten Ländern nicht linear. Die CDU/CSU gewinnt und verliert in allen Altersgruppen. In der mittleren Altersgruppe (45-59 Jahre) hat sich die Union seit 1998 auf niedrigem Niveau stabilisiert. Im Vergleich zu 1990 hat sie hier die stärksten Verluste zu verzeichnen (- 9,8 Prozentpunkte).

1998 war noch nicht deutlich erkennbar, dass die SPD dauerhaft von den Verlusten der Union bei den Frauen profitieren konnte.<sup>13</sup> 2002 hat sich das Bild geändert.<sup>14</sup> Die SPD ist seit 1998 bei den über 60jährigen Frauen so stark wie nie zuvor. In den neuen Bundesländern erreichte sie in dieser Altersgruppe 45,3 Prozent der Wählerinnen; 1990 hatte der Anteil noch bei 24,9 Prozent gelegen. Auch in den alten Ländern

---

12 Zum Vergleich die Verluste der Union von 1990-2002: 18-24 Jahre: -10,5 Punkte; 25-34 Jahre: -9,8 Punkte; 35-44 Jahre: -13,8 Punkte; 45-59 Jahre: -16,9 Punkte. Die Union hat im Osten von 1990 bis 2002 in den neuen Ländern 13,5 Punkte verloren.

13 Da keine Wählerwanderungsbilanzen nach Geschlecht vorliegen, kann über das Ausmaß des Austauschs nur spekuliert werden.

14 Zwar kann die These, dass ehemalige ältere Unionswählerinnen heute SPD wählen, nicht zweifelsfrei mittels vorhandener Daten belegt werden, doch spricht die Plausibilität dafür.

markierte 1998 eine Trendwende. Die SPD konnte sich 1998 und 2002 auf hohem Niveau stabilisieren.

Wahlverhalten der Frauen in den neuen Bundesländern 1990-2002 (in Prozent)					
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS
Alter: 18-24					
BTW 90	32,9	23,7	12,2	13,5	11,4
BTW 94	25,0	30,0	3,0	11,0	25,0
BTW 98	23,9	29,1	5,4	6,1	25,8
BTW 02	22,4	43,2	9,8	7,3	11,9
Alter: 25-34					
BTW 90	36,2	24,6	12,6	10,0	12,0
BTW 94	28,0	34,0	3,0	9,0	26,0
BTW 98	21,1	31,5	1,6	8,1	24,8
BTW 02	26,4	39,7	8,6	8,0	13,0
Alter: 35-44					
BTW 90	40,4	21,5	15,5	7,4	11,3
BTW 94	38,0	30,0	4,0	4,0	23,0
BTW 98	23,4	34,6	4,3	6,0	21,7
BTW 02	26,6	39,5	6,9	6,2	16,8
Alter: 45-59					
BTW 90	44,4	22,8	14,4	4,7	10,6
BTW 94	38,0	33,0	4,0	4,0	20,0
BTW 98	27,8	35,3	3,0	4,9	23,7
BTW 02	27,5	41,0	5,8	4,2	18,5
Alter: 60 u. ä.					
BTW 90	49,7	24,9	10,8	1,6	10,2
BTW 94	51,0	29,0	3,0	3,0	13,0
BTW 98	36,2	36,2	3,4	2,6	18,7
BTW 02	28,8	45,3	3,9	3,0	17,4
(Frauen/Männer)					
BTW 90 insg.	41,4	24,1	13,0	5,5	11,5
BTW 94 insg.	39,0	32,0	4,0	4,0	20,0
BTW 98 insg.	27,4	35,2	3,3	4,0	21,5
BTW 02 insg.	28,3	39,7	6,4	4,7	16,9

Quelle: BTW 90: Wahlergebnisse in der Bundesrepublik und in den Ländern 1946-1998 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, 1998. Dargestellt sind die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Aufgrund des Stichprobenfehlers weichen die insgesamt-Ergebnisse von den tatsächlichen Wahlergebnissen leicht ab.  
 BTW 94: Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen e. V.  
 BTW 98: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998.  
 BTW 02: Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 4, Wiesbaden 2003, S.73.

---

Wahlverhalten der Frauen in den alten Bundesländern 1990-2002 (in Prozent)

---

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS
<b>Alter: 18-24</b>					
BTW 90	35,0	39,0	9,9	10,9	0,3
BTW 94	32,0	38,0	7,0	17,0	2,0
BTW 98	30,0	39,3	6,7	12,9	2,7
BTW 02	32,7	40,9	8,7	12,5	1,3
<b>Alter: 25-34</b>					
BTW 90	33,7	42,8	8,8	10,5	0,4
BTW 94	30,0	45,0	5,0	16,0	1,0
BTW 98	29,4	44,7	5,9	12,3	1,2
BTW 02	30,0	39,9	8,5	13,4	1,3
<b>Alter: 35-44</b>					
BTW 90	40,2	38,4	12,0	6,1	0,3
BTW 94	37,0	37,0	7,0	14,0	1,0
BTW 98	29,7	44,8	6,0	14,1	1,3
BTW 02	32,9	41,4	6,4	15,1	1,1
<b>Alter: 45-59</b>					
BTW 90	48,7	34,0	11,7	2,1	0,1
BTW 94	47,0	37,0	8,0	5,0	1,0
BTW 98	34,2	45,5	8,9	6,0	0,7
BTW 02	38,9	39,8	7,4	10,5	1,0
<b>Alter: 60 u. ä.</b>					
BTW 90	55,0	32,6	8,3	0,7	0,1
BTW 94	53,0	33,0	8,0	3,0	0,0
BTW 98	47,7	39,2	6,6	3,0	0,6
BTW 02	49,3	38,5	5,7	4,3	0,4
<b>(Frauen/Männer)</b>					
BTW 90 insg.	44,0	36,4	10,3	4,6	0,3
BTW 94 insg.	42,0	38,0	8,0	8,0	1,0
BTW 98 insg.	37,0	42,3	6,9	7,3	1,2
BTW 02 insg.	40,8	38,3	7,6	9,4	1,1

---

Quelle: BTW 90: Wahlergebnisse in der Bundesrepublik und in den Ländern 1946-1998 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, 1998. Dargestellt sind die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Aufgrund des Stichprobenfehlers weichen die insgesamt-Ergebnisse von den tatsächlichen Wahlergebnissen leicht ab.  
 BTW 94: Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen e. V.  
 BTW 98: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998.  
 BTW 02: Statistisches Bundesamt, Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 4, Wiesbaden 2003, S. 72.

## 6. Geschlecht oder Sozialstruktur: Was prägt Wahlverhalten?

Falter und Schumann<sup>15</sup> prüften den relativen Einfluss des Geschlechts auf das Wahlverhalten und kamen zu einer ernüchternden Feststellung. Von 1953 bis 1987 konstatieren sie, dass Geschlecht als Erklärungsfaktor „zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Partei von herausragender Bedeutung“ war. So rangiert dieser Faktor schon 1953 im Hinblick auf die Wahl von CDU oder CSU nur an vierter, im Hinblick auf die Wahl der SPD sogar nur an fünfter Stelle. Nach 1969 fällt er in seiner relativen Erklärungsleistung sogar auf den letzten bzw. vorletzten Platz zurück<sup>16</sup>. In der Untersuchung zeigt sich, dass die sozialen Einflussfaktoren Wahlverhalten wesentlich besser erklären.<sup>17</sup> Oder anders formuliert: In dem Maße, in dem sich die Sozialstruktur der Frauen derjenigen der Männer angleicht, verschwinden auch die Unterschiede im politischen Verhalten.

Dies wird bei der Bundestagswahl 2002 erneut bestätigt. Bildung und Beruf erklären deutlich mehr als Geschlecht. Während die Volksparteien eher Zuspruch von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen finden, schneiden Grüne, FDP und – schwächer ausgeprägt – die PDS bei den Höhergebildeten besser ab. Dieser Trend hat sich seit den 70er Jahren regelmäßig fortgesetzt. Bis dahin hatten sich die großen Parteien hinsichtlich der Bildungszusammensetzung ihrer Wählerschaften nahezu angeglichen, was als Indiz einer „sozialstrukturellen Nivellierung“<sup>18</sup> gewertet wird. Durch das Aufkommen der Grünen und deren Attraktivität für jüngere, hochgebildete Wähler und Wählerinnen, ist der Anteil der Wähler mit niedriger Bildung bei der SPD heute wieder stärker sichtbar. Eine Analogie zum Alter findet sich bei der Bildung. In der Zusammensetzung der Wählerschaft nach Bildung sind Union und Grüne Antipoden. Der Anteil der Wählerinnen mit hoher Bildung ist bei den Grünen über- und bei der Union unterdurchschnittlich hoch. Auch hier liegen die Gründe in der Emanzipationsbewegung, die vor allem die jungen Frauen erfasst und dazu geführt hat, dass diese sich auch in ihrem Wahlverhalten deutlich von ihren älteren Geschlechtsgenossinnen unterscheiden.

---

15 Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence!*, in: Max Kaa-se/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1987, S. 117.

16 Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence!*, in: Max Kaa-se/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1987, S. 117.

17 Zu gleichen Ergebnissen kommt: Ute Molitor, *Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1992.

18 Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, *Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung – Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1988, H. 2, S. 225-248.

Wahlverhalten 2002 nach Bildung und Geschlecht  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	PDS	REP	Sonst.
<b>Männer insgesamt</b>	39,9	36,4	7,8	8,4	4,1	0,7	0,9
kein Abschluß/ Volksschule	+4,3	+4,7	-4,5	-2,6	-1,6	+0,2	-0,3
Mittlere Reife/ Realschule	+0,8	-0,9	-1,8	-0,3	+0,2	+0,5	+0,5
Abitur/ Hochschule	-5,0	-3,8	+5,7	+2,8	+1,2	-0,5	0
<b>Frauen insgesamt</b>	37,1	40,5	9,6	6,5	3,7	0,4	1,4
kein Abschluß/ Volksschule	+3,5	+4,1	-5,0	-1,3	-1,3	+0,1	-0,1
Mittlere Reife/ Realschule	+0,8	-0,9	-1,5	+0,6	+0,1	+0,3	+0,4
Abitur/ Hochschule	-6,0	-3,4	+8,0	+0,7	+1,6	-0,3	-0,1

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002, S 5.

Trotz unübersehbarer sozialstruktureller Angleichung der Wählerschaften, binden SPD und Union immer noch charakteristische Wählergruppen an sich. Dass die SPD überdurchschnittliche Anteile bei den Arbeitern aufweist, die CDU bei den Selbständigen und Rentnern überproportional abschneidet, gehört zu den „klassischen“ Erkenntnissen der Wahlsoziologie. Diese Beziehungen haben auch heute noch Gültigkeit, wenn sich auch in der Vergangenheit hinsichtlich der Arbeiterschaft der Abstand zwischen Union und SPD verringert hat. Das Bild, das sich bei Männern und Frauen zeigt, wenn man nach Erwerbstätigkeit differenziert, stimmt in großen Zügen überein. Doch in einigen Aspekten zeigen sich Unterschiede. Die Schwerpunkte der Union liegen bei der weiblichen Wählerschaft noch deutlicher bei nicht berufstätigen Gruppen (Hausfrauen, Rentnerinnen) als das bei Männern der Fall ist. Das überproportionale Abschneiden der SPD bei der Arbeiterschaft ist bei den Frauen geringer ausgeprägt als bei den Männern. Zu den Kernwählerschaften der Grünen gehören neben den in Ausbildung Befindlichen auch gehobene Berufsgruppen. Konnte man nach Analysen, die anlässlich der Bundestagswahl 1987 durchgeführt wurden, nur vermuten, dass die Grünen von den weiblichen Angestellten und Beamtinnen überdurchschnittlich präferiert werden, so wird dies durch die Daten der Bundestagswahlen 1998<sup>19</sup> und 2002 bestätigt<sup>20</sup>.

19 Ute Molitor, Viola Neu, Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/1999, S. 261.

20 Ute Molitor, a.a.O., S. 69 ff.

Wahlverhalten 2002 nach Erwerbstätigkeit und Geschlecht  
Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	PDS	REP	Sonst.
<b>Männer insgesamt</b>	39,9	36,4	7,8	8,4	4,1	0,7	0,9
Arbeiter	-1,7	+5,8	-3,3	-2,1	-0,1	+0,6	+0,2
Angestellte	-3,4	-0,7	+4,1	+0,7	-1,0	-0,1	+0,5
Beamte	+1,7	-1,6	+3,9	-0,5	-2,0	-0,2	-
Selbständige	+8,4	-18,8	+3,9	+8,9	-1,5	-0,2	0
Rentner	+3,9	+3,3	-4,5	-2,1	+0,9	-0,5	-0,4
Auszubildende	-11,5	-0,3	+5,5	+5,1	+0,1	+0,7	-0,3
Arbeitslose	-11,8	+3,4	+0,6	-2,4	+5,6	+0,8	+0,3
<b>Frauen insgesamt</b>	37,1	40,5	9,6	6,5	3,7	0,4	1,4
Arbeiterinnen	-1,6	+2,6	-5,2	+0,3	+2,1	+0,7	+0,1
Angestellte	-3,3	+0,4	+2,3	+0,9	-0,2	+0,1	-0,1
Beamtinnen	-9,1	-2,1	+11,4	+1,3	-0,4	-	-0,1
Selbständige	+8,4	-15,0	+5,9	+3,7	-1,6	-	-0,7
Hausfrauen	+5,7	-2,1	-1,2	-0,8	-2,9	-0,1	+1,2
Rentnerinnen	+4,4	+1,5	-3,9	-1,9	+1,0	-0,3	+0,4
Auszubildende	-10,3	+2,1	+6,6	+0,8	-0,7	-0,2	-1,7
Arbeitslose	-9,2	+2,1	-1,0	+1,7	+5,9	+1,2	-1,0

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, 22. September 2002, S. 8.

## 7. „Vive la (très) petite différence“?<sup>21</sup>

Die Analyse von Alters- und Sozialstruktur zeigt, dass es zwar Unterschiede gibt, diese jedoch gering sind. Wenn es ihn denn gebe, den kleinen Unterschied, dann müssten voneinander abweichende und verhaltensbestimmende Einstellungsstrukturen von Männern und Frauen messbar sein. Zwar wiesen sowohl Molitor als auch Falter/Schumann auf unterschiedliche Einstellungsmuster von Männer und Frauen hin, allerdings sind sie sich darin einig, dass der Sozialstruktur eine höhere Bedeutung zukommt. Gibt es für die Bundestagswahl 2002<sup>22</sup> Hinweise, dass unterschiedliche Präferenzen und Einstellungsstrukturen der Geschlechter zu unterschiedlichem Wahlverhalten führen?

Ein häufig beobachtetes Phänomen ist die größere Zurückhaltung von Frauen gegenüber der Politik. So haben Frauen z.B.<sup>23</sup> ein geringeres Interesse an Politik, gehen seltener zur Wahl und stellen weniger Mitglieder in Parteien und sind dementsprechend in der Politik insgesamt unterrepräsentiert.<sup>24</sup> Diese Befunde zeichnen sich auch im Groben bei den hier untersuchten Daten ab. Insgesamt sind die Einstellungsprofile von Männern und Frauen sehr ähnlich, doch lassen sich bei einigen Indikatoren recht deutliche Abweichungen finden.<sup>25</sup> Bei der allgemeinen Problemlösungskompetenz und der Zukunftskompetenz sind sich Männer und Frauen in ihrer Einstufung einig. Bei den konkreten Sachthemen neigen Frauen dazu, den Parteien insgesamt weniger zuzutrauen. Bei den harten Themen, den sogenannten „Bread and Butter“-Themen, fällt die Bilanz für die Union eher negativ aus. Frauen trauen der Union deutlich seltener zu, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern bzw. voranzubringen, Kriminalität und Verbrechen zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Damit sind die Frauen gegenüber den Kernkompetenzen der Union reservierter eingestellt. Doch auch die SPD schneidet – insbesondere bei den „soft-Themen“ - bei den Frauen schlechter ab als bei den Männern. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen früherer Studien.

---

21 vgl., Jürgen W. Falter, Siegfried Schumann, Vive la (très) petite différence. Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990.

22 Alle Tabellen basieren auf dem Deutschlandtrend von Infratest dimap im Wahljahr 2002.

23 Vgl. Renate Köcher, Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen und Männer, in : APuZ, B 11/94, vom 18. März 1994, S. 24-31; Beate Hoecker, Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland, in: APuZ, B21-22/96, vom 17. Mai 1996, S.23-33.

24 Wobei die Mitgliederquote je nach Partei sehr unterschiedlich ausfällt.

25 Aufgrund der geringen Fallzahl der Umfragen (1.200) sollten Prozentpunktdifferenzen von unter 5 Punkten nicht interpretiert werden.

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	30	29	33	28	27	31
Apr 02	34	27	38	25	31	28
Sep 02	32	38	34	38	31	38
Nov 02	38	29	40	29	35	30

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Arbeitsplätze sichern und neue schaffen -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	35	30	38	30	33	30
Apr 02	39	27	45	24	35	29
Sep 02	43	32	45	32	41	32
Nov 02	45	28	49	24	41	31

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern/voranbringen -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	44	30	48	28	40	32
Apr 02	45	29	51	24	41	32
Sep 02	50	31	54	30	46	33
Nov 02	53	28	58	22	48	34

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Eine gute Steuerpolitik betreiben -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	31	30	32	30	30	30
Apr 02	33	28	36	27	31	28
Sep 02	38	37	37	37	38	38
Nov 02	42	29	45	26	40	32

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Kriminalität und Verbrechen bekämpfen -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	40	26	45	25	36	28
Apr 02	46	23	52	19	40	26
Sep 02	48	29	56	24	40	34

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Für soziale Gerechtigkeit sorgen -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Jan 02	22	42	20	44	22	41
Apr 02	25	40	24	45	25	36
Sep 02	25	48	23	50	27	46
Nov 02	28	45	26	48	29	42

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD  
- Familie mit Kindern fördern -

	Männer + Frauen		Männer		Frauen	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Apr 02	23	45	22	49	24	41

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

Die größere Reserviertheit gegenüber der Politik findet ihre Entsprechung auch in einer anderen zentralen Beurteilung. Gefragt, ob eine Unions-Regierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen könnte, neigen Frauen zu weniger Zustimmung als die Männer. Doch geht damit keineswegs eine deutlichere Kritik an der Opposition einher, denn dann müsste der Anteil in der Kategorie „wäre nicht in der Lage“ größer sein.

Bewertung der Opposition  
Könnte eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?

	Männer		Frauen	
	könnte besser lösen	wäre nicht in der Lage	könnte besser lösen	wäre nicht in der Lage
Feb 02	38	50	32	49
Apr 02	36	50	29	51
Jul 02	39	49	35	50
Aug 02	36	52	29	54
Sep 02	39	49	34	51
Dez 02	47	44	37	48

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

Die Unions-Opposition hat gegenüber der Bundesregierung einen leichten Malus, der jedoch nicht automatisch ein Regierungs-Bonus ist. In der Zufriedenheit mit der Bundesregierung sind die Differenzen zwischen den Geschlechtern nur gering ausgeprägt.

	Männer		Frauen	
	Zufriedenheit mit der Bundesregierung		Zufriedenheit mit der Bundesregierung	
	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden/ gar nicht	sehr zufrieden/ zufrieden	weniger zufrieden/ gar nicht
Jan 02	35	64	32	63
Feb 02	31	68	28	70
Mrz 02	27	72	28	70
Apr 02	28	71	26	71
Mai 02	28	71	28	71
Jun 02	34	65	34	64
Jul 02	31	68	30	68
Aug 02	30	69	28	69
Sep 02	40	60	41	58
Dez 02	13	87	16	83

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

Wenn die Parteikompetenzen keinen Rückschluss auf Wahlverhalten ermöglichen, so könnten in der Personenpräferenz geschlechtsspezifische Vorlieben erkennbar sein. Während des gesamten Wahlkampfes zeigten die Frauen im Vergleich zu den Männern größere Sympathie für Gerhard Schröder. Am Ende des Wahlkampfes unterschieden sich die Beurteilungen der Männer und Frauen jedoch nicht mehr. Doch sind die Unterschiede schwankend und die Differenzen nicht systematisch groß genug, so dass man nur schlecht von einer typisch weiblichen Einstellungsstruktur sprechen kann.

#### Kanzlerpräferenz

Wenn man den Bundeskanzler direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden?

	Männer		Frauen	
	G. Schröder	E. Stoiber	G. Schröder	E. Stoiber
Feb 02	49	44	47	39
Mrz 02	46	43	50	36
Apr 02	47	42	52	33
Mai 02	51	39	50	35
Jun 02	52	38	56	31
Jul 02	48	44	50	40
Aug 02	51	41	49	37
Aug 02-II	49	36	48	31
Aug 02-III	47	33	50	31
Aug 02-IV	52	35	57	29
Sep 02	55	38	59	33
Sep 02-II	61	28	61	26

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

Ähnlich unspezifisch sind auch die Unterschiede in der Wahlabsicht. Die SPD hat bei den Frauen einen leichten Vorsprung, doch sind die Unterschiede zu gering, um hieraus gesicherte Folgerungen ableiten zu können. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik spiegeln sich in der Stimmung wider.

---

Sonntagsfrage Infratest Dimap  
Männer  
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag  
Bundestagswahl wäre?

---

	CDU/CSU	SPD	FDP	B'90/Grüne	PDS	Sonstige
Jan 02	39	36	8	5	7	5
Feb 02	40	35	9	6	7	3
Mrz 02	41	33	9	6	6	5
Apr 02	40	33	10	6	6	5
Mai 02	40	30	12	6	6	6
Jun 02	42	31	10	8	6	3
Jul 02	41	32	13	5	5	4
Aug 02	41	34	10	6	5	4
Aug 02-II	41	34	10	6	4	5
Aug 02-III	38	34	12	6	4	6
Aug 02-IV	42	36	9	8	3	2
Sep 02	41,4	34,7	9,1	7,1	5,6	2,1
Okt 02	40	36	8	7	4	5
Nov 02	44	31	7	11	5	2
Dez 02	50	26	5	11	4	4

---

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

---

Sonntagsfrage Infratest Dimap  
Frauen  
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag  
Bundestagswahl wäre?

---

	CDU/CSU	SPD	FDP	B'90/Grüne	PDS	Sonstige
Jan 02	39	39	8	6	6	2
Feb 02	42	37	6	7	7	1
Mrz 02	39	38	9	7	6	1
Apr 02	38	36	8	8	7	3
Mai 02	42	35	10	7	4	2
Jun 02	36	37	10	9	5	3
Jul 02	39	39	6	8	6	2
Aug 02	39	37	8	7	5	4
Aug 02-II	40	34	9	8	5	4
Aug 02-III	43	38	5	8	4	2
Aug 02-IV	39	41	5	7	6	2
Sep 02	37,8	41,6	7,5	8,2	2,6	2,3
Okt 02	39	40	6	10	3	2
Nov 02	42	39	4	8	3	4
Dez 02	46	30	5	13	4	2

---

Quelle: Infratest dimap, Deutschland-Trend; Angaben in Prozent

## **Die Autorin**

*Dr. Viola Neu*, Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung